

SOLIDARITÄT MIT DER ISRAELISCHEN BEVÖLKERUNG UND HUMANITÄRE UNTERSTÜTZUNG FÜR GAZA

Die GEW hat in ihren Schreiben an die israelischen Partnergewerkschaften Histadrut HaMorim und Irgun HaMorim nach dem 7. Oktober 2023 den Angriff der Hamas auf Israel mit über 1.400 Toten, einer Vielzahl an Verletzten und Verschleppten aufs Schärfste verurteilt und ihr Mitgefühl mit den Opfern zum Ausdruck gebracht. Der Terrorangriff der Hamas auf Israel und das Massaker an der Zivilbevölkerung sind menschenverachtend und in ihrer Grausamkeit unbeschreiblich. Unsere Solidarität gilt den Menschen in Israel und den Kolleg*innen der israelischen Bildungsgewerkschaften. Die von der Hamas in den Gaza-Streifen verschleppten Geiseln, darunter zahlreiche Kinder, müssen freigelassen und zu ihren Familien zurückkehren können.

Für den Angriff auf die Zivilbevölkerung kann es keine Rechtfertigung geben – das ist Terror. Die Rolle der Hamas, die Israel das Existenzrecht abspricht, darf nicht ausgeblendet oder verharmlost werden. Die Leidtragenden ihres Angriffs sind die Zivilbevölkerungen in Israel und Gaza. Mit dem vorsätzlichen terroristischen Angriff auf Israel, schwinden die Hoffnungen auf einen Frieden in der Region. Es droht eine Ausweitung des Konflikts durch den Iran und die von ihm unterstützte Hisbollah im Libanon.

Uns alle erschüttern die Bilder aus Israel und Palästina. Als GEW trauern wir um alle zivilen Opfer dieses Krieges – israelische und palästinensische. Wir sind sehr besorgt über die humanitäre Lage im Gaza-Streifen, die Opfer sind auch dort mehrheitlich Zivilist*innen, darunter viele Kinder. Das internationale Völkerrecht gibt Israel das Recht zur Selbstverteidigung, das humanitäre Völkerrecht ist dabei einzuhalten und die Zivilbevölkerung zu schützen.

Für sie fordern wir sichere Fluchtkorridore und gezielte humanitäre Hilfen, die bei der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen ankommen müssen. Wir unterstützen diplomatische Bemühungen, die darauf abzielen, die dringend benötigte humanitäre Versorgung sicherzustellen. Die israelische Regierung muss den Angriffen israelischer Siedler*innen im Westjordanland auf palästinensische Zivilist*innen Einhalt gebieten und die Gewalt beenden. Schulen in Israel und Palästina müssen sichere Orte sein. Bildung bleibt gerade auch in Kriegszeiten wichtig.

Die Grundlage für echten und dauerhaften Frieden darf nicht aus den Augen verloren werden. Die GEW setzt sich weiterhin für eine Zwei-Staaten-Lösung ein und wird mit den israelischen und palästinensischen Bildungsgewerkschaften im Austausch bleiben.

Wir sind zutiefst besorgt, dass antisemitisches Gedankengut in Folge des Angriffes der Hamas auch in Deutschland immer weitere Verbreitung findet. Es ist nicht hinzunehmen, wenn die Massaker der Hamas gefeiert und zum Akt der Befreiung verklärt werden. Anschläge auf Synagogen, Davidsterne an Haustüren, bedrohte jüdische Sportvereine, antisemitische Parolen auf Demonstrationen und Konflikte in Schulen sind erschreckender Ausdruck des erstarkenden Antisemitismus in Deutschland, gegen den wir als Bildungsgewerkschafter*innen entschieden eintreten. Wir wenden uns ebenfalls dagegen, wenn Menschen mit arabischem Migrationshintergrund oder muslimischen Glaubens unter den Generalverdacht der Hamas-Sympathie gestellt werden. Alle Menschen haben ein Recht darauf, sich in ihren Schulen und Bildungseinrichtungen, Gebetsstätten und Gemeinden sicher zu fühlen.

Es braucht an den Schulen einen sensiblen pädagogischen Umgang mit dem Thema. Hierzu ist Zeit und zusätzliche Unterstützung für Lehrkräfte und weitere Pädagog*innen erforderlich, z.B. in Form von Beratung und kollegialer Supervision. Um Antisemitismus und Rassismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen erkennen und auf entsprechende Vorfälle reagieren zu können, braucht es Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote in allen Phasen der Lehrkräftebildung. Schulen dürfen nicht alleine gelassen werden. Die Schulsozialarbeit muss ausgebaut werden. Notwendig für eine antisemitismus- und

rassismuskritische Bildungsarbeit sind insgesamt mehr Ressourcen für politische Bildung, Präventionsarbeit und Demokratieförderung.

Gemeinsam treten wir als Bildungsgewerkschafter*innen für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Wir werden uns weiterhin entschieden gegen jede Form des Terrorismus, Antisemitismus, Rassismus und der sexualisierten Gewalt gegen Frauen stellen.

Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands der GEW vom 8. November 2023

IMPRESSUM

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Str. 21 | 60489 Frankfurt
069 78973-0 | info@gew.de
Verantwortlich: Maike Finnern